



FIGHT BACK!

ANTIFASCHISTISCHES (JUGEND) INFO BRAUNSCHWEIG

Dresden 2012: 10 000 auf Demo gegen Nazis und Repression



Antifaschistische Demo
Februar 2012



Aller guten Dinge sind drei **DRESDEN 2010-12**

Am 18. Februar 2012 gingen in Dresden über 10.000 Menschen auf die Straße um gegen Faschismus und staatliche Repression zu demonstrieren. Initiativen und Einzelpersonen verschiedener politischer Spektren fanden sich zusammen, um lautstark und entschlossen zu demonstrieren. Doch was bewegte so viele Menschen an diesem Tag auf die Straße zu gehen und gegen Einschüchterungsversuche von staatlicher Seite und gegen den Naziterror zu demonstrieren? Um das zu erklären muss man ein paar Jahre zurück gehen.

Am 13. Februar 1945 flogen die Alliierten vier Bombenangriffe auf Dresden und zerstörten dabei große Teile der Stadt. Die systematische Flächenbombardierung wurde übrigens erstmals durch die deutsche Luftwaffe als Kriegstaktik eingeführt. Also war der Angriff auf Dresden die Antwort auf die massenhafte Flächenbombardierung der Nazis zuvor.

Seit 1949 finden jedes Jahr Gedenkveranstaltungen zu der Bombardierung in Dresden statt. Die DDR instrumentalisierte das Gedenken unter der Kernaussage, die westlichen Staaten hätten Dresden nur bombardiert um der Sowjetunion eine



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehängte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

„Trümmerstadt“ zu überlassen. Nachdem die DDR von der BRD annektiert wurde, blieb das Gedenken - allerdings unter einer ganz anderen Ausrichtung. Der Tenor des jetzigen bürgerlichen Gedenkens ist, dass der damalige Einsatz „militärisch sinnlos“ gewesen sei und Dresden ein „unschuldige Stadt“ sei. Bei solchen geschichtsrevisionistischen Positionen überrascht es nicht, dass Nazis seit Mitte der Neunziger Jahre an diesem Gedenken Anknüpfen können und bis heute für ihre Zwecke gebrauchen.

Seit 1996 nahmen die Faschisten jedes Jahr an dem Gedenken in Dresden teil. War es zunächst eine überschaubare Gruppe von 30 bis 40 Nazis die an dem Gedenken teilnahm, stieg die Zahl der Teilnehmer in den nächsten Jahren kontinuierlich an. 1998 führten die Faschisten erstmals auch einen damals noch kleinen Aufmarsch an dem darauf folgenden Samstag durch. Seit diesem Jahr mobilisierten die Nazis jedes Jahr zu dem Aufmarsch nach Dresden. 1999 waren es schon 200 Faschisten die aktiv an dem Gedenken teilnahmen und es mit Kränzen und Gesängen begleitete. Im Jahr 2000 führte die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) einen eigenen nächtlichen Aufmarsch unter dem Motto „Ehre den Opfern des Bombenterrors“ mit 500 Teilnehmern durch. Rund vier Jahre später waren es schon 2100 Nazis die durch Dresden marschierten und ihre menschenverachtende Hetze auf die Straße trugen.

Die Stadtverwaltung distanzierte sich eilig von den Aufmärschen der Nazis. Denn so ein Image sollte der Stadt nicht anhaften. Dabei blieb es dann aber auch. Während die Faschisten Jahr für Jahr nach Dresden pilgerten um ihre Hetze auf die Straße zu tragen, wurde antifaschistisches Engagement, welches den Naziaufmarsch stören könnte, jedes Jahr durch die Polizei verhindert und vereinzelt auch kriminalisiert. Dies war für die Polizei auch nicht schwer. Der Protest fand in diesen Jahren isoliert von einander statt und jeder kochte sein eigenes Süppchen. Eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften war von Seiten der antideutschen Gruppen¹ nicht gewollt. Da dieser Zustand nicht gerade erfolversprechend für den Widerstand ist, gründete sich im Jahr 2009 das bundesweite Bündnis „¡No pasarán!“, welches überwiegend aus antifaschistischen Gruppen besteht. Dem Aufruf des Bündnisses folgten in diesem Jahr 3500 Menschen, um eine Demonstration gegen den inzwischen größten Naziaufmarsch Europas durchzuführen. Diese Demonstration wurde allerdings schon auf der halben Strecke von der Polizei aufgelöst. Während 6500

Antifaschistische Demo Februar 2012



Faschisten ungestört durch Dresden marschierten, wurde die antifaschistische Demonstration mit Wasserwerfern, Knüppel und Pfefferspray von der Polizei angegriffen. Bei einer anschließenden Aktionskonferenz von „No pasarán!“ in Dresden entstand dann das lokale Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ kurz: „Dresden Nazifrei“. Dazu gehören bis heute verschiedene Gruppen und Organisationen wie z.B. Parteien, Gewerkschaften, Antifagruppen. Sie alle haben das Ziel, den Naziaufmarsch in Dresden Geschichte werden zu lassen. Im Februar **2010** gelang es diesem Bündnis mit der Beteiligung von über 12.000 Menschen aus unterschiedlichen Spektren und verschiedenen Aktionsformen, den Aufmarsch der Faschisten zu verhindern. Trotz zahlreicher Festnahmen, Angriffen der Polizei und späteren Distanzierungsaufforderungen von Vertretern der Stadt, ließ sich das Bündnis nicht spalten.



Im Februar **2011** waren es bereits 20.000 AntifaschistInnen die auf die Route der Nazis gingen und mit vielfältigen Protestformen erreichten, dass die Nazis an diesem Tag keinen Meter laufen konnten. Auch der Versuch von rund 500 Nazis kurzerhand mit dem Zug nach Leipzig zu fahren, um dort spontan einen Aufmarsch durchzuführen, konnte von 800 AntifaschistInnen in Leipzig verhindert

werden. Trotz dieser Erfolge blieb bitterer Beigeschmack. Am selben Tag attackierten in Dresden rund 300 Nazis, ungestört von der anwesenden Polizei, das alternative Zentrum „Praxis“. Ebenfalls am selben Tag stürmte die Polizei das „Haus der Begegnung“ in Dresden. Die SEK-Einheiten durchsuchten Büros zweier Vereine, eine Anwaltskanzlei, die Büroräume der Partei „die Linke“ in Dresden und eine Privatwohnung ohne gültigen Durchsuchungsbeschluss.

Im Nachgang der erfolgreichen Blockaden ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen zahlreiche AntifaschistInnen. Bundesweit wurden Wohnungen durchsucht, Ermittlungen aufgrund des §129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) wurde gegen NazigeegnerInnen eingeleitet. Rund 1 Mio. Handydaten der Menschen in Dresden wurden ausgespäht. Der antifaschistische Protest sollte, wenn er schon nicht verhindert werden konnte, eingeschüchtert, kriminalisiert und gespalten werden. Doch das Ziel einer Spaltung oder Einschüchterung wurde nicht erreicht. Im Gegenteil. Angesichts dieser Angriffe auf eine antifaschistische Bewegung und des Skandals um mordende Nazis (NSU), die unter anderem in Sachsen ungestört leben konnten und deren Mitglieder sich schon 1997 an dem Aufmarsch beteiligten, erfuhr das Bündnis eine große Solidaritätswelle.

Anscheinend mächtig resigniert und eingeschüchtert von den Gegenprotesten des vorherigen Jahres folgten am 13 Februar **2012** lediglich 1500 Nazis dem Aufruf zu dem Trauermarsch der JLO und der NPD. Und diese mussten auch nach halber Strecke, aufgrund von Protesten und Blockaden, wieder umkehren. Das sind zwar immer noch 1500 Nazis zu viel, aber im Vergleich zu den Jahren davor, ist ein deutli-

cher Rückgang zu verzeichnen. Den Aufmarsch für den 18. Februar sagten die Nazis kurzerhand ab.

Aber auch wenn die Nazis ihren Aufmarsch nicht durchführen wollten, gab es noch genug Gründe um auf die Straße zu gehen. Hunderte zum Teil schwer verletzte Menschen, bundesweite Hausdurchsuchungen, Ermittlungen nach §129, Funkzellenüberwachung, Einrichtung einer Sonderkommission gegen linke Gewalt, der peinliche Versuch AntifaschistInnen und Nazis in einen Topf zu packen. Dieses und noch mehr war die Antwort der Landesregierung Sachsen auf das antifaschistische Engagement. Um diesem Zustand etwas entgegen zu setzen folgten mehr als 10.000 Menschen dem Aufruf von „¡No pasarán!“ sowie „Dresden Nazifrei“ und demonstrierten an dem 18 Februar gegen die Einschüchterungsversuche. Auch aus Braunschweig sind AntifaschistInnen mit einem Bus, organisiert vom Bündnis gegen Rechts, nach Dresden gefahren um sich an der Demonstration zu beteiligen.

Während die sächsische Landeregierung jahrelang versucht hat, den Protest zu spalten, AntifaschistInnen und Nazis als Extremisten gleichzusetzen und sich als Opfer der Bombardierung im zweiten Weltkrieg darzustellen, konnte an diesem Tag deutlich klar gemacht werden, dass dieser Zustand nicht hingenommen wird, sich die antifaschistische Bewegung nicht spalten lässt und die Kriminalisierung von Antifaschismus nicht widerstandslos hinnimmt. Doch lässt sich am Beispiel Dresden auch erkennen, dass der Widerstand mehr Erfolg hat wenn man sich mit anderen Gruppen zusammenschließt, die auch aktiv etwas gegen Nazis und Geschichtsverdrehung unternehmen wollen.

In diesem Sinne ¡No pasarán!

¹Siehe Fight Back Nr. 38 Seite 12

Gifhorn 07.04.2012: Eier gegen Nazis!

Am 07.04.2012 fand in Gifhorn einer von vielen traditionellen Ostermärschen gegen Aufrüstung, Krieg, Atomenergie und Faschismus statt. Es war hier auch der erste Auftritt des frisch gegründeten „Bunt statt Braun“-Bündnisses. In Gifhorn gibt es seit einiger Zeit wieder eine rege Aktivität von Faschisten. Diese sind in der „Aktionsgruppe Gifhorn“ organisiert, haben rege Kontakte u.a. zur „Burschenschaft Thormania“ und fallen hauptsächlich durch das Verkleben von Aufklebern, Pöbeleien und der Teilnahme an Aufmärschen auf. So versuchten sie nun auch die ca. 150 TeilnehmerInnen der Demonstration in Gifhorn zu provozieren. Sie warteten in einem Café in der Innenstadt geschützt von einigen Polizisten auf das Vorbeiziehen der Demo. Als es soweit war, versuchten sie Fotos zu machen und durch ihre Anwesenheit ein „wir haben euch im Auge“ zu vermitteln. Dies ließen einige an der Demo teilnehmende AntifaschistInnen so nicht stehen und sendeten ihnen einige Ostergrüße in Form geworfener Hühnereier zu. Die zuvor grinsenden Nazis verloren daraufhin ihre Gelassenheit und versuchten erfolglos auf die Demo loszugehen. Die Polizei ihrerseits versuchte, die vermeintlichen EierwerferInnen aus der Demo zu ziehen, was ihnen wegen der gemeinsamen Gegenwehr der DemonstrantInnen nicht gelang. Die Demo wurde mit lautstarken antifaschistischen Parolen zu Ende geführt.



Karlas Kolumne: DEN BOCK ZUM GARTNER MACHEN

„Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar. Rechtsextremistische Gewalt wird überwiegend spontan begangen.“

Wer das geschrieben hat? Diejenigen, die es eigentlich besser hätten wissen sollen und vermutlich auch besser gewusst haben: Den Satz habe ich im letzten Jahresbericht des Bundesamt für Verfassungsschutz gefunden. Und heute? Nun, da bekannt ist, dass ein „Neonazi-Trio“ über Jahre hinweg unerkannt neun Migranten und eine Polizistin ermordet hatte, musste selbst der Bundesinnenminister einräumen, dass es so aussehe, *„als ob wir es tatsächlich mit einer neuen Form des rechtsextremistischen Terrorismus zu tun haben“*. Warum noch immer so zögerlich Herr Minister? Nun ja, neu ist die Erkenntnis, dass Nazis gewalttätig sind und immer wieder auf Terror als Mittel ihrer Politik setzen, ja eigentlich nicht. Rechter Terror hat Tradition: Es gab und gibt immer wieder Zellen und Gruppen, die Wehrsportübungen abhielten, Waffen horteten, Briefbomben verschickten und Brand- und Sprengstoffanschläge verübten. 1980 starben 13 Menschen beim Anschlag eines Mitglieds der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ auf das Münchner Oktoberfest. 2003 plante der Nazi Martin Wiese einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung der Synagoge in München. Die Existenz rechter Terrorstrukturen wurde aber immer wieder verleugnet, verharmlost oder die Täter zu Einzeltätern erklärt. Allein in den Jahren 2009 und 2010 wurden bundesweit 800 Waffen bei Nazis beschlagnahmt. Darunter laut *„BKA auch 15 Faustfeuerwaffen, 16 Langwaffen und sogar 8 Kriegswaffen. Zudem fand die Polizei bundesweit 40 Spreng- und Brandvorrichtungen bei rechtsextremen Gruppierungen.“* (FOCUS Online 30.11.2012). Immerhin gelten zudem über 140 Personen aus der Nazi-Szene als abgetaucht. Terror – der gehörte schon in der Weimarer Republik zur Strategie der Nazis, um Gegner einzuschüchtern und Angst zu verbreiten. Und noch etwas ist keine neue Erkenntnis: Immer wenn in der Naziszene Waffen oder Sprengstoff im Spiel waren, war ein Geheimdienst nicht weit. Ein Beispiel aus unserer Region gefällig? Im Jahre 1984 schrieb der SPIEGEL:

„Was dürfen die eigentlich - Ein V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes war an Straftaten von Neonazis beteiligt - mit Wissen des Innenministeriums.

Sie nannten sich mit germanischen Decknamen Armin oder Odin, beförderten sich gegenseitig zum Gauleiter, Sturmführer und Sicherheitsbeauftragten und verbreiteten Blätter mit Nazi-Parolen: ‚Hitler ist die Zukunft‘. Der Weg dahin sollte mit Bomben freiekämpft werden, mit Anschlägen auf die Berlin-Autobahn, auf DDR-Grenzanlagen, auf Justizgebäude, auf Lastzüge aus Holland und Polen zwecks Befreiung von inhaftierten Kriegsverbrechern in diesen Ländern. Am Ende sollten auch wieder mal Juden dran glauben. Zweimal krachte es tatsächlich. Erst ging

vor der Amtsanwaltschaft in Flensburg eine Bombe hoch, Sachschaden: 1 821,36 Mark, dann an der Pförtnerloge des Amtsgerichts in Hannover, Sachschaden: 2 760,22 Mark. Immer vorneweg bei dieser ‚Braunschweiger Gruppe‘ der ‚NS-DAP-Auslands- und Aufbauorganisation‘ (NSDAP-AO) war Hans-Dieter Lepzien, Taxifahrer aus Peine und engster Kamerad des Gruppenführers Paul Otte aus Braunschweig, Jahrgang 1924, Maschinenschlosser von Beruf ... Fünf Mitglieder des Unternehmens verurteilte der 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Celle im Februar 1981 zu Freiheitsstrafen, Otte zu fünf Jahren und sechs Monaten, Lepzien zu drei Jahren. Wer die Anstifter im Hintergrund waren, stellte sich bei der Hauptverhandlung heraus: Lepzien, heute 41, hatte im Auftrag des niedersächsischen Verfassungsschutzes bei den Bombenlegern mitgemacht. Daß Lepzien ‚wertvolle und aufschlußreiche Meldungen über die Vereinigung‘ erstattete und ihm vor allem ‚zu verdanken‘ sei, ‚daß die Terrorgruppe ausgehoben werden konnte‘, wie der niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU) zu Prozeßbeginn zu bedenken gab, war wohl nur die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte wurde erst nach und nach ruchbar. ‚Mit fröhlicher Unbefangenheit‘, so vermutet jedenfalls der niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete Werner Holtfort, Rechtsanwalt in Hannover, habe der Verfassungsschutz, die Abteilung IV des Innenministeriums, strafbare Handlungen seines V-Mannes Lepzien wissentlich geduldet und halte das nach wie vor für rechtens.“ (Den Artikel gibt es hier >>> www.bit.ly/x6180y)

Ob Thüringen oder Niedersachsen, ob vor Jahrzehnten oder aktuell: Die Geheimdienste haben immer wieder durch die Bezahlung von Nazis als V-Leute mit dafür gesorgt, das faschistische Strukturen und Gruppen aufgebaut und deren Arbeit finanziert wurden. Gerade habe ich mal wieder in alten Ausgaben der Fight Back! Geblättert (die dieses Jahr übrigens 15 Jahre alt wird). Da habe ich in der Nr. 18 aus dem Jahre 2001 (>>> www.bit.ly/xTPiVj) folgende Sätze gefunden:

„Anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des VS, am 24.10.2000, präsentierte Innenminister Otto Schily ... vor versammelter Prominenz aus Politik und Repressionsapparat eine seiner Ideen im ‚Kampf gegen Rechts‘: mehr Verfassungsschützer in die rechte Szene! Das hieße Eulen nach Athen tragen und damit den Bock zum Gärtner machen: Die rechte Szene ist schon lange durchsetzt mit Staatsspitzeln und IMs des VS, und: mit Hilfe dieser Personen und staatlicher Gelder wurden eine Vielzahl von faschistischen Gruppen aufgebaut, strukturiert und finanziell unterstützt.“

Schon damals zählte die Fight Back! zahlreiche V-Leute auf, bei denen öffentlich wurde, dass sie mit den staatlichen Geldern die rechte Szene finanzierten. „Einzelfälle, kann jedem mal passieren?“- fragte schon damals die AutorInnen:

„Der Verfassungsschutz ist seinerzeit mit Leuten gegründet worden, die – so Adenauer – ‚von der Geschichte von früher etwas verstehen‘, und befindet sich bis heute weiter in einer Kontinuitätslinie seit seiner Gründung. Von der ‚Geschichte‘, also vom Aushorchen, Bespitzeln, Erpressen, Überfallen, Einschüchtern, usw. verstanden die ersten Verfassungsschützer .. einiges ‚von frühe‘“, da gezielt ehemalige (?) Nazis eingestellt wurden, die schon im Faschismus geheimdienstlich aktiv waren. 1963, 13 Jahre nach Gründung des VS, waren noch 16 von 46 höheren

Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) aktiv, die zuvor der SS oder dem SD (faschistischer Sicherheitsdienst) angehört hatten.“

Doch zurück in die Gegenwart: Es ist müßig und würde auch den Rahmen sprengen alles an Ereignissen, Merkwürdigkeiten, Ungereimtheiten und Widersprüchen aufzuzählen, die in den letzten Monaten über die NSU der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Ich möchte euch zwei Artikel empfehlen, die ganz gut die diversen Widersprüche aufzeigen: Zum einen den Text „Zur Rolle von Geheimdiensten und Ermittlungsbehörden in der NSU-Affäre“ vom Kölner Stadtrat Claus Ludwig (www.bit.ly/zrmGHZ) und die Thesen des Autors Wolf Wetzel „Der staatliche Rettungsschirm für die neonazistische Mordserie des ›Nationalsozialistischen Untergrundes‹ /NSU“ (www.bit.ly/wCHKpZ). Sein Fazit:

„Die Legitimation des Verfassungsschutzes wird immer wieder damit begründet, dass die von ihm finanzierten V-Männer Einblick in neonazistische Strukturen gewähren, um Straftaten und Verbrechen zu verhindern. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Ohne das Zutun verschiedener Verfassungsschutzbehörden wäre die Mordserie nicht möglich gewesen ... Fügt man alle bis heute aufgetauchten Indizien, Spuren und Beweise zusammen, darf festgehalten werden: Die Existenz des Nationalsozialistischen Untergrundes/NSU ist ohne die NPD denkbar, aber nicht ohne die finanzielle, logistische und geheimdienstliche Unterstützung des Verfassungsschutzes in Thüringen. Bevor man in die Forderung einstimmt, die NPD müsse verboten werden, sollte man einen Vorschlag ernsthaft prüfen: Wenn man den Verfassungsschutz abschaltet, hätte man zumindest das staatliche Umfeld neonazistischer Ideologien, Helfershelfern und Organisationen ›trocken gelegt‹ ... Und solange Polizei- und Landesführungen fortgesetzt mit Tausenden von Polizeibeamten neonazistische Aufmärsche schützen, unter dem Credo: Die größte Herausforderung, also Gefahr ist der Antifaschismus ... gilt mehr denn je der Satz von Konstantin Wecker:

»Antifaschismus darf man nicht dem Staat überlassen.«“

Nazis ohne Garten

Und wieder haben die Nazis einen Treffpunkt weniger: Anfang Dezember wies das Antifaschistische Plenum in einem offenen Brief darauf hin, das die NPD seit Jahren in der Kantine des Kleingartenverein „Nußberg“ ihre jährliche Weihnachtsfeier abhält: „Wir fordern Sie auf, der NPD für ihre Weihnachtsfeier und andere Treffen keine Räume zur Verfügung zu stellen!“ heißt es dort. Der Brief und die Berichterstattung sorgte für einigen Wirbel im Kleingartenverein. Die Pächterin distanzierte sich von der NPD, angeblich hätte sie nicht bemerkt, wem sie die Räume vermietet hatte. Dabei war ihr Lebensgefährte selbst zeitweise im Landesvorstand der NPD, kandidierte für die Partei zu einer Bundestagswahl und schrieb sogar einen Bericht über eine der Feiern im Niedersachsen Spiegel, der Beilage des Landesverbandes Niedersachsen zur NPD Zeitung „Deutsche Stimme“. Der Vorstand des Kleingartenvereins hat jetzt den Pachtvertrag nicht mehr verlängert.

In aller Kürze ...

■ Gerichtliches Nachspiel zum Naziaufmarsch am 4.6. - Antifaschisten verurteilt!

Am 5. März 2012 kam es in Peine am Amtsgericht gleich zu drei Prozessen gegen Antifaschisten. Allen wurde vorgeworfen, Steine auf Polizisten geworfen zu haben. Immer waren die Zeugen Polizeibeamte in zivil, die sich unter die GegendemonstrantInnen gemischt hatten und deren Aufgabe es war, Straftaten zu beobachten sowie eine Festnahme der Personen zu veranlassen. Sowohl Staatsanwalt als auch Richter glaubten den Beobachtungen der Polizisten und verhängten extrem hohe Strafen. Dass es zumindest teilweise zu widersprüchlichen Aussagen der Polizisten kam spielte dabei keine Rolle, sondern wurde vom Richter sogar noch als Beweis der Glaubhaftigkeit der Polizisten bewertet. So kam es zu Urteilen von einem Jahr Haftstrafe auf Bewährung verbunden mit einer Geldstrafe von 2000€; im zweiten Prozess zu zehn Monate Freiheitsstrafe ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung und 200 Stunden gemeinnützige Arbeit und im dritte Prozess zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen á 15€. Zumindest teilweise wurden die Prozesse von der Roten Hilfe e.v. kritisch begleitet und die Betroffenen solidarisch unterstützt.

Du hast auch Post wegen Protesten gegen den Naziaufmarsch am 4.6.11 bekommen? Dann melde dich bei der Roten Hilfe Braunschweig: braunschweig@rote-hilfe.de

■ Scheiben eingeworfen

In der Nacht des 16.2.2012 haben vermutlich Nazis die Scheiben eines Büros der Partei DIE LINKE in Braunschweig eingeworfen: "Dazu erklären die Kreisvorsitzende der LINKEN, Gisela Ohnesorge und Andre Fricke: 'Wir können nicht ausschließen, dass diese Aktion aus dem rechtsextremistischen Bereich erfolgte, da unser antifaschistisches Engagement deutlich erkennbar ist.'"

■ Grauzonen-Band „Freigänger“: Auflösung nur zum Schein?

Nachdem wir in der letzten Fight Back über die Grauzonen-Band „Freigänger“ informierten, wurde nach öffentlichen Druck auch ein Konzert der Band für den 26.12.2011 in Wolfsburg abgesagt. Grund waren "Gewaltandrohung aus der Linken Szene". Laut dem Internetblog www.recherche38.info habe die Band außerdem ihre Auflösung aus "arbeitstechnischen und privaten Gründen" verkündet. Dabei handelt es sich offensichtlich um eine gezielte Falschaussage der Band. Nach uns vorliegenden Informationen besteht die Band weiter und hat vor demnächst eine CD zu veröffentlichen.



Die Rote Hilfe e.V. Braunschweig trifft sich jeden 3. Freitag im Monat um 20 Uhr im Antifaschistischen Café (Cyriaksring 55)
Neben der rechtlicher Beratung, wollen wir von nun an regelmäßig am 3. Freitag im Monat gemeinsam Postkarten an politische Gefangene schreiben!

ATOMMÜLLKIPPE ASSE

- Profit siegt über Sicherheit

Gerade mal eine knappe halbe Stunde mit dem Auto von Braunschweig entfernt, ist die Asse eigentlich nichts weiter als eine bewaldete Hügelkette, die rund zweihundert Meter aus der niedersächsischen Ackerlandschaft emporragt. Doch was sich hier - oder besser 750 Meter tiefer - abspielt, hätte nie passieren dürfen.

Nachdem der Salzabbau eingestellt wurde, erwarb die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF - heute Helmholtz-Zentrum) 1965 im Auftrag der Bundesrepublik das ehemalige Salzbergwerk Asse II, um dort „Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur sicheren Endlagerung radioaktiver Abfälle“ durchzuführen. Zu dieser Zeit wollte die BRD möglichst schnell den Einstieg in die kommerzielle Nutzung der Atomenergie vollziehen. Doch dafür braucht(e) es einen Platz um den anfallenden Atommüll zu lagern. Der Asse-Schacht war da, eine Alternative gab es nicht und so lieferten ab 1967 alle westdeutschen Atomkraftwerke, die Atomfirmen Transnuklear und Nukem sowie Hoechst, AEG und die Bundeswehr schwach- und später mittelradioaktive Abfälle in die Asse an. Hatte man die Fässer anfangs noch sorgsam gestapelt, wurden sie später einfach mit Radladern einen Abhang im Berg hinunter gekippt und mit Salz überdeckt – dass dabei Fässer beschädigt wurden, kümmerte niemanden. Für das Einlagern ihres Atommülls mussten die Unternehmen lange Zeit nicht einmal bezahlen. Offiziell handelte es sich ja um staatlichen Forschungsmüll. Durch juristische Tricks und Kniffe geschah eine wundersame Verwandlung von privatem in öffentlichen Atommüll, was den Energieversorgern Millionen Profite bescherte.

Für die Öffentlichkeit wurde die Asse immer als reine „Forschungsanlage“ deklariert. Doch schon die zahlreichen Genehmigungsbescheide sprechen eine andere Sprache. Wörtlich heißt es in einem der Bescheide: *“Seit April 1967 [ist] das ehemalige Steinsalz-Bergwerk Asse als Endlagerstätte für radioaktive Rückstände in Betrieb”*. Und auch die Atomkraftwerke führten die Asse stets als Entsorgungsnachweis an. So heißt es z.B. in den Unterlagen zu den Atomkraftwerken in Biblis, dass in der Asse auch *“hochaktive Materialien für Jahrhunderte gelagert werden”* könnten. Lässt der Begriff *„Forschungslagerung“* zwar vermuten, dass nur wenig Atommüll eingelagert wird und dass alles selbstverständlich auch wieder rückholbar ist, dachte niemand ernsthaft daran den Abfall je wieder herauszuholen. Man wollte ihn loswerden - und das möglichst billig.



Die Asse säuft ab

Wie gesagt, wurde die Asse nicht etwa wegen ihrer geologischen Eignung zum Lagerort, sondern weil die Bundesrepublik Platz für den anfallenden Atom Müll brauchte. So wurde die Asse kurzerhand für geeignet erklärt. Ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren fand einfach nicht statt. Als „Versuchsendlager“ wurde Asse II lediglich nach Bergrecht genehmigt. Das heißt ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und ohne belastbare atom- und umweltbezogene Sicherheitsstudien. Hätte es diese gegeben, wäre Asse II niemals für geeignet erklärt worden. Denn in den benachbarten Schächten stand bereits Wasser. Dass dieses mächtige Wasserreservoir in unmittelbarer Nachbarschaft einen nicht unerheblichen Instabilitätsfaktor darstellt, dass das Wasser auch in Schacht II einsickert und dass dieses Wasser früher oder später mit den Atomfässern in Berührung kommen oder gar das ganze Bergwerk zum Einstürzen bringen kann wurde nicht nur ignoriert, sondern gezielt totgeschwiegen. Interne MahnerInnen, wie z.B. der damals zuständige Unterabteilungsleiter aus dem Forschungsministerium, wurden kurzerhand entmachtet, Klagen von engagierten BürgerInnen vom Gericht abgewiesen und der breiten Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut.

Und dann kam es, wie es kommen musste: Immer mehr Wasser bzw. Lauge drang/dringt in den Asse-Schacht ein. Ab 1995 versuchte man das Wasser durch eine Verfüllung mit Abraum Salz in den Griff zu bekommen. - Ohne Erfolg. Nach Auskünften der GSF hatte sich der Laugenfluss bis April 2003 auf etwa 12,5 m³/Tag erhöht. Mit anderen Worten: Der Asse-Schacht säuft buchstäblich ab. Durch die Aufweichung von Teilen des Gebirges droht Asse II einzustürzen. Als in der Lauge dann auch noch radioaktive Stoffe mit einer Konzentration mehrfach über den Grenzwerten gemessen wurden, erreichte das Ganze solch eine Brisanz, dass es nicht mehr totgeschwiegen werden konnte und die Asse gelangte bundesweit in die Schlagzeilen. Endlich machte sich auch die Arbeit von BürgerInneninitiativen und AtomkraftgegnerInnen bezahlt, die jahrelang vor Gericht zogen, demonstrierten und Öffentlichkeit schafften. Anfang 2008 übernahm das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Verantwortung für den maroden Schacht, der nun nach dem strengeren Atomrecht betrieben wird (dadurch allein wird allerdings kein einziges Fass Atom Müll sicherer). Das BfS soll die Schließung der Asse vorbereiten und durchführen.

Das einzige was sicher ist, ist dass die Asse nicht sicher ist

Offiziell liegen ca. 125.000 Fässer schwachradioaktiver und 1.300 Fässer mittelradioaktiver Müll im Salz. Allerdings ist die Inventarisierung des entsorgten Mülls schlampig bis lückenhaft geraten und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die Befürchtungen, es könnten - heimlich und falsch deklariert - hochradioaktive Abfälle eingelagert worden sein, nicht verstummen. Doch auch wenn man nur den offiziellen Angaben glaubt, ist diese Anhäufung an Atom Müll weltweit beispiellos und wird noch viele künftige Menschengenerationen beschäftigen. Denn „aus Forschungszwecken“ wurden hier Substanzen eingelagert, von denen noch nach einigen Hunderttausend Jahren Gefahr ausgeht. Beispielweise liegen im Assesalz rund 12 Kilogramm Plutonium. Atmet ein Mensch Staub ein, der nur wenige Millionstel Gramm Plutonium enthält, wird die Strahlung in seinen Körper eingeschlossen und kann sich zwanglos entfalten, was unausweichlich zu Lungenkrebs führt.

Unter diesen Gesichtspunkten mag irgendwie niemand so recht glauben, dass die signifikant erhöhte Krebsraten im Umfeld der Asse (- doppelt so viele Leukämiefälle bei Männern, dreimal so viele Schilddrüsenkrebserkrankungen bei Frauen -) reiner Zufall seien soll.

Aktuell herrscht allgemeine Hilflosigkeit was den Umgang mit dem Atommüll angeht. Fest steht, dass die Asse geschlossen wird. Wann ist allerdings unklar. Weiterhin nicht klar ist, ob der Atommüll in der Asse verbleibt oder nicht. Die Betreiber favorisieren eine (im Vergleich) kostengünstige „Flutung“, bei der der Müll in der Asse bleibt und der Schacht mit einer Magnesiumchlorid-Lösung verfüllt wird. Dieses „Schutzfluid-Konzept“ wurde noch nie irgendwo eingesetzt. Bisher konnte man keinen Nachweis der Langzeitsicherheit erbringen. MitarbeiterInnen räumten auf öffentlichen Veranstaltungen ein, dass sie nicht ausschließen könnten, dass der radioaktive Abfall mit Laugenzuflüssen in Kontakt kommt. Welche Wege sich diese Giftbrühe dann sucht, weiß natürlich niemand. Für AtomkraftgegnerInnen ist die Flutung der Asse ein Worst-Case Szenario. Sie fordern die uneingeschränkte Rückholung aller Atomfässer. Denn einen Schutz für Mensch und Umwelt lässt sich nach aktuellem Kenntnisstand nur erreichen, wenn der Atommüll herausgeholt wird.

Fool me once, shame on you - fool me twice, shame on me

Die Atomindustrie hat bereits ein neues Lieblingsprojekt für die Endlagerung ins Auge gefasst – den Salzstock Gorleben. Wie die Asse liegt auch das „Erkundungsbergwerk“ in Gorleben in einem Salzstock. Beide haben Wasserkontakt. Wie in der Asse gab es auch in Gorleben nie ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren und damit de facto keine Beteiligung der Öffentlichkeit. Geologische Kriterien und Einwände spielten keine entscheidende Rolle, Gefälligkeitsgutachten attestierten die angebliche Eignung als Endlager, KritikerInnen wurden unter Druck gesetzt. Hier wie dort täuscht man die Öffentlichkeit über Ziel und Zweck der Arbeiten im Berg: So laufen in Gorleben offiziell nur „Erkundungsarbeiten“ – mit deren Abschluss das Atommüll-Endlager aber praktisch fertiggestellt wäre...



Anhörungen von Flüchtlingen am Verwaltungsgericht in Braunschweig

Wenn Flüchtlinge eine Ablehnungen ihres Asylantrages durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekommen, haben sie die Möglichkeit Widerspruch gegen diese einzulegen. Tun sie dies kommt es zu einer Anhörung beim Verwaltungsgericht, dort überprüft ein Richter die Entscheidung des Bundesamtes und die Menschen haben die Möglichkeit erneut über ihre Fluchtgründe zu berichten. Am 6. März 2012 kam es zu mehreren Anhörungen von Menschen aus dem Sudan. Auch Maissara M. Saeed aus dem Nordsudan, der hier in der BRD für die Rechte von Flüchtlingen kämpft, hatte an diesem Tag seine Anhörung. Eine Entscheidung hat der Richter nicht sofort getroffen, er schickt den Betroffenen diese spätestens in zwei Wochen zu. Unterstützung erhielten die Menschen durch AntirassistInnen, die die Prozesse beobachteten. Wir fordern Bleiberecht und offene Grenzen für alle!

OURY JALLOH

Das war Mord!

Diese in Sprechchören und auf Transparenten gemachte Feststellung nahmen Einsatzkräfte der Polizei am 07.01.2012 zum Anlass, um TeilnehmerInnen einer Gegendemonstration in Dessau zusammenzuschlagen und zum Teil schwer zu verletzen. Ziel und Inhalt der Demonstration waren es, auf die Umstände aufmerksam zu machen, unter denen der aus Sierra Leone kommende Oury Jalloh am 07.01.2005 im Gewahrsam und an Händen und Füßen gefesselt in der Polizeiwache in Dessau verbrannte.

Was war los?

Nachdem die Polizei am 07.01.2005 Oury Jalloh in Dessau verhaftete, wurde er in das lokale Polizeikommissariat gebracht. Die Polizei behauptet, Oury Jalloh hätte sich dann später selbst verbrannt, nachdem er vorher durchsucht und an Händen und Füßen gefesselt in eine Zelle gebracht und auf einer Matratze abgelegt wurde. Dem bisherigen Stand der Erkenntnisse der „Initiative im Gedenken an Oury Jalloh e.V.“ zufolge verschwanden zahlreiche Videobänder und andere Dokumente der Polizeiwache, die zur Aufklärung der Todesumstände von Oury Jalloh hätten hilfreich sein können. Erst eine von der Nebenklage durchgesetzte zweite Obduktion brachte zum Vorschein, dass Oury Jalloh schon vor seiner Verbrennung schwere Verletzungen erlitten hatte. Auch das Feuerzeug, mit dem sich Oury



Jalloh selbst angezündet haben soll, ist erst bei einer zweiten Durchsuchung der Zelle, in der er verbrannte, aufgetaucht. Es wurde also weder bei seiner ersten der Inhaftierung vorausgehenden Durchsuchung gefunden, noch bei der ersten Durchsuchung der Zelle nach seinem angeblichen Selbstmord. Polizei, Justiz, Politik und Medien bleiben weitestgehend bei der Selbstmordthese, ohne auch nur annähernd glaubhaft darstellen zu können, wie das einem Mann, der gefesselt war, gelingen soll. Alle Gutachten, die das Gericht in Auftrag gegeben hatte, sollten das klären, kamen aber immer zu dem Schluss, dass Oury Jalloh sich so nicht anzünden konnte. Die Tatsache, dass die Bullen den Mann ermordet haben, wird gar nicht erst von gerichtlicher Seite untersucht. Ein von den Angehörigen und UnterstützerInnen gefordertes Brandgutachten, dass das belegen könnte, wird von gerichtlicher Seite generell abgelehnt. Nach dem Motto: weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Mittlerweile versuchen die UnterstützerInnen auf privatem Wege ein solches Gutachten erstellen zu lassen und die immensen Kosten von über 80.000,- Euro hierfür aufzubringen.

Gedenken heißt kämpfen!

Weil sich nicht alle mit der Selbstmordlüge zufrieden geben wollten, gibt es jedes Jahr eine Demonstration, um an den Flüchtling und seine Todesumstände zu erinnern. Getroffene Hunde bellen - so könnte man die Reaktion der Polizei beschreiben, die zwei DemoteilnehmerInnen am 07.01.2012 bewusstlos schlug und weitere verletzte. Interessanterweise hatte das Oberverwaltungsgericht von Sachsen-Anhalt bereits am 31.03.2006 festgestellt, dass die „Behauptung“, dass Oury Jalloh ermordet wurde, nicht rechtswidrig sei. Die Polizei ignorierte dieses Urteil und schlug los. Um öffentliche Diskussionen über den Polizeieinsatz von vornherein zu entschärfen, wurde der für den Einsatz verantwortliche Dezernatsleiter der Polizeidirektion



Demo am 25.02.2012 in Dessau

Ost durch den Innenminister Sachsen-Anhalts Holger Stahlknecht (CDU) innerhalb von 24 Stunden nach der Prügelorgie versetzt. Ein klassisches Bauernopfer in dem blutigen „Spiel“ der Politik. Hiervon ließen sich andere nicht beeindrucken und verpassten der Polizei in den folgenden Tagen eine Antwort. In Halle und Magdeburg brannten mehrerer Polizeifahrzeuge aus und auf das Polizeirevier in Dessau-Roßlau wurde ein Brandanschlag verübt. Bei allen Anschlägen wurde die „Oury Jalloh - Das war Mord!“ in die Nähe gesprüht. Zuletzt gab es am 25.02.2012 eine Demonstration mit über 500 TeilnehmerInnen, bei der sich die Polizei äußerst bedeckt hielt und nicht mal Böllerwürfe als Anlass für Angriffe auf die Demo nutzte. Auch das Rufen von „Oury Jalloh- Das war Mord!“ und das Tragen von gleichlautenden Transparenten waren für die Polizei diesmal kein Problem.

Rassismus beginnt nicht erst bei Mord!

Ein Rassismus, der Tote fordert, fällt nicht vom Himmel. Er braucht ein gesellschaftliches Klima als Voraussetzung, in dem Menschen zu „den anderen“ gemacht und somit ausgegrenzt werden. In Zeiten zunehmender Entsolidarisierung und Konkurrenz, fallen jene Ideologien, die es ermöglichen, sich als etwas „besseres“ oder gegenüber anderen Menschen „im Recht“ zu fühlen, auf fruchtbaren Boden. Die Verschärfungen des Kapitalismus, der auch ohne Krise schon menschenverachtend und lebensfeindlich genug ist, nehmen in diesen Zeiten zu. Wer zur bestehenden Ordnung keine Alternative sieht, versucht sich an das bisschen zu klammern, was er/ sie noch hat und gegen jede vermeintliche „Konkurrenz“ der Mitmenschen zu verteidigen. Am Anfang stehen rassistische „Witze“ und Sprüche, schiefe Blicke und andere Formen von ausgrenzendem Verhalten. Das Ende einer solchen Entwicklung ist die Betrachtung der Ausgegrenzten als regelrecht „vogelfrei“ mit all seinen mörderischen Konsequenzen.

Kein Vergeben, kein Vergessen!

Damit der allgemeine rassistische Normalzustand gebrochen werden kann, müssen wir eine Vorstellung von einem solidarischen Leben in den Köpfen der Menschen verankern und uns mit den Betroffenen von Rassismus und Nationalismus solidarisieren und sie in ihren Kämpfen unterstützen. In diesem Zusammenhang soll an den Flüchtling Shambu Lama aus Nepal erinnert werden, der sich am 01.03.2011 bei Gifhorn auf die Gleise legte und von einem Zug überfahren wurde. Shambu Lama konnte weder die ihm aufgezwungenen Überlebensumstände noch die ständigen Repressalien, Schikanen, Abschiebendrohungen und die Perspektivlosigkeit ertragen. Er hinterlässt einen kleinen Sohn. Am 03.03.2012 versammelten sich in Gifhorn ca. 50 UnterstützerInnen zu einer Kundgebung, um seinem Tod zu gedenken. Ebenso soll an dieser Stelle an Zdravko Nikolov Dimitrov aus Braunschweig erinnert werden, der am 21.12.1999 an den Folgen seiner Schussverletzungen starb. Ein SEK aus Hannover stürmte zuvor am 10.12.1999 die Wohnung des traumatisierten bulgarischen Flüchtlings, um seinen angedrohten Selbstmord wegen der bevorstehenden Abschiebung zu verhindern und erschoss ihn - angeblich aus Notwehr.

Täglich sterben Menschen bei dem Versuch, in die Festung Europa zu gelangen, auf der Flucht vor Armut, Hunger, Krieg, Folter, Vergewaltigung und Verfolgung. Hier angekommen erwartet sie die Repression der Behörden, die Schikane der Polizei, die soziale Kälte und Gleichgültigkeit einer Gesellschaft, in der jedeR für sich und gegen alle anderen kämpft. Oury Jalloh musste das qualvoll am eigenen Leibe erfahren und und viele andere müssen es noch immer.

Für eine ausgiebige Chronik der Ereignisse um den Mord an Oury Jalloh empfehlen wir die Homepage des UnterstützerInnenkreises:
<http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/>

TERMINE:

04. Mai 2012: Veranstaltung:

Die Krise geht weiter - wo bleibt die Gegenwehr

Referent: Werner Seppmann, veranstaltet von DKP und Roter Käfer, 19⁰⁰ Brunsviga

11. Mai 2012: Veranstaltung:

Freiheit und Glück für Sonja und Christian

- Kontinuitäten von Politik und Verfolgung
20⁰⁰ im antifaschistischen Café

18. Mai + 15. Juni 2012: lecker Essen für 2€

1. Juni 2012: letzte Infos für die gemeinsame Busfahrt nach Hamburg

20⁰⁰ im antifaschistischen Café

2. Juni 2012: Naziaufmarsch in Hamburg verhindern!